

Eidgenössisches Finanzprogramm und Sozialdemokratie

Autor(en): **Hauser, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 11

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331512>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir sind überzeugt, daß die Jugend für diese Aufklärungsarbeit *dankbar* ist und daß sie mit Interesse und Begeisterung diese Aufklärungsarbeit mitmachen wird, wenn sie einmal den tiefen Gehalt der sozialistischen Lehre erfaßt und wenn sie erkannt hat, daß *nur der sozialistische Weg die Rettung aus Not und Elend* bedeutet. Daß dabei von der Jugend unter Umständen Fehler gemacht werden, bedeutet wenig. Die Hauptsache ist, daß die Aktivität da ist und daß sie getragen ist vom guten Willen, den Sozialismus zu fördern.

Die aktive Arbeit auf dem Gebiete der Aufklärung fördert die *Kameradschaft und Solidarität*.

So ist das *Gebot der Stunde: Tätigkeit aller im Dienste des Sozialismus*. Sache eines jeden einzelnen ist es, mitzuhelfen. Sache der Organisationen ist es, diese Aktivität *organisatorisch* zu fördern.

Wir leben in den entscheidenden Zeiten, in denen es in Westeuropa und auch in der Schweiz darum geht, den *Kampf gegen Reaktion und Faschismus auf geistigem Gebiete zu gewinnen*. Wenn wir diese Zeit versäumen, so helfen wir unter Umständen mit, daß Europa und die westeuropäische Kultur *endgültig* besiegt werden.

Eidgenössisches Finanzprogramm und Sozialdemokratie

Von Dr. Fritz Hauser, Basel.

Der unzweideutige und nicht zu verwischende Volksentscheid vom 28. Mai 1933 über den Lohnabbau des eidgenössischen Personals stellt den Bundesrat, insbesondere den Leiter unserer Bundesfinanzen, Jean Marie Musy, dazu die Befürworter des Abbaues, vor eine sehr schwere Aufgabe.

Die Notwendigkeit einer starken Einnahmenvermehrung des Bundes, einer Verbesserung unseres öffentlichen Haushaltes, auch die ernsthafte Prüfung der Möglichkeit tragbarer und vernünftiger Einsparungen sind unbestritten und die selbstverständliche Voraussetzung auch unserer Ueberlegungen.

Dieser These stimmen wir nicht zu aus Solidarität mit der offiziellen, verworrenen, einseitigen, dilettantenhaften und demagogischen Finanzpolitik des Herrn Musy, auch nicht, wie die Kommunisten immer wieder verleumderisch behaupten, aus politischer Angst oder aus dem Wunsch der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, sondern aus dem Zwang der Verhältnisse heraus.

Die Not der Arbeitslosen, die zunehmende und in bezug auf ihr Ende nicht abzusehende Wirtschaftskrise verlangen vom Bund vermehrte Mittel, um so mehr, als viele Kantone und Gemeinden am Ende ihrer Finanzkraft sind.

Da können wir Sozialdemokraten im Interesse der notleidenden Volksteile nicht achtlos beiseite stehen.

Der Bundesrat hat nun nach seiner Niederlage in der Volksabstim-

mung, nachdem der Plan, über unsere Niederlage freie Hand zu haben, hoffentlich für immer vernichtet ist, sofort die Initiative zu einem umfassenden Finanzprogramm ergriffen.

Musy, der jahrelang versprach und nichts hielt, der immer wieder mit seinem Finanzprogramm prahlte und nur Vorlagen brachte, die die breite Masse belasteten, hat einen Blumenstrauß mehr oder weniger guter und schlechter Finanzvorschläge hervorgebracht. Und diesmal wollte man mit uns reden, um so mehr, als unsere Krisensteuer-Initiative mit ihrer wuchtigen Stimmenzahl drohend gewissen Plänen entgegensteht. Im Kreise engerer Parteinstanzen hat man die Anträge angehört, verschiedene Expertenkommissionen studieren die *Frage der außerordentlichen Einkommenssteuer, die Frage der Erhöhung und Erweiterung der Stempel- und Couponsteuer, der Alkohol- und Tabakbesteuerung*.

Die sozialdemokratische Fraktion hat grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Mitberatung zugesichert, allerdings unter zwei wesentlichen und undiskutierbaren Voraussetzungen.

Der Bundesrat und mit ihm teilweise die Unterlegenen des 28. Mai spielen mit dem Gedanken *außerordentlicher Finanzvollmachten*, sei es auf Grund einer Ermächtigung an den Bundesrat oder an das so folgsame und systemtreue Parlament, in der Angst vor einem erneuten ablehnenden Volksentscheid, vielleicht auch angespornt durch die Diktaturen unserer Nachbarländer und bestärkt durch die Verstimmung über das so wenig an Gehorsam gewohnte Volk.

Da ist die Grenze unseres Entgegenkommens. Wir verlangen den demokratischen Weg der Verfassungsänderung oder der normalen Gesetzgebung, wenn man auf unsere Mitwirkung zählen will und wenn wir unser Stück Verantwortung mittragen sollen.

Ist es dem Bundesrat wirklich ernst mit der Verständigung, und kommt letzten Endes eine Vorlage heraus, der auch wir Sozialdemokraten zustimmen können, so braucht man die Volksmeinung nicht zu fürchten.

Der zweite Punkt betrifft die Respektierung der Volksabstimmung vom 28. Mai.

Mit einer unerhörten Begeisterung und mit dem ganzen Aufwand unserer Ueberzeugung haben wir Sozialdemokraten die Lohnabbauvorlage verworfen.

Dieser Entscheid muß unter allen Umständen geachtet werden, und eine neue Vorlage darf daran nicht vorbeigehen. Will man das nicht, so soll man uns aus dem Spiele lassen, denn wir hätten dabei nur unsere politische Ehre zu verlieren.

Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, daß wir in der Sorge um die Existenz unserer Partei und — wie so viele Bürgerliche — in der Angst vor den unreifen Jungen der Fronten mit ihrem kläglichen Programm allem zustimmen müssen, in der trügerischen Hoffnung, damit dieser traurigen Demagogie das Wasser abzugraben.

Diese grundsätzliche Bereitwilligkeit, ein annehmbares Finanzprogramm verwirklichen zu helfen, bedeutet selbstverständlich keinerlei

Blankovollmacht. Wir werden die einzelnen Steuern genau ansehen und alles ablehnen, was der breiten Schicht unserer Arbeiterschaft nicht zugemutet werden darf. Und letzten Endes wird die Partei selbst die Entscheidung treffen.

Andererseits aber darf eine Partei, die ernst genommen werden will und die das Vertrauen der Mehrheit des Volkes anstrebt, nicht beiseite stehen, wo es um die wirtschaftliche Existenz des Landes geht.

Das können sich die Kommunisten als bedeutungslose Gruppe leisten, wir nicht.

Zusammenbruch der bürgerlichen Wissenschaft

Von Karl Pfister.

Die Klage über den Zusammenbruch der bürgerlichen Wissenschaft ist nicht neu. Der erste, der diesen Alarmruf der »banqueroutes totales« der Wissenschaften erhob, war Brunetière im Jahre 1895. Seine Kontroverse mit dem Chemiker Berthelot zeigte, daß der berühmte Literaturhistoriker das Problem tief erfaßt hatte. Beinahe zur selben Zeit erhob in der Schweiz Jakob Burckhardt den gleichen Ruf, als er aus der Erkenntnis einer innern geistigen Aushöhlung der Gesellschaft unter großem Aufsehen davon sprach, daß »die Zustände Europas einst über Nacht in eine Art Schnellfäule überschlagen« könnten. Dann schwiegen die Hüter der offiziellen Wissenschaft und täuschten sich über die Leere hinweg. Erst seit 1914 wird immer und immer wieder diese Klage erhoben, hat man wieder das Verständnis für eine tiefer-schürfende Geschichtsschau.

Die Bildungskrise, das Fehlen eines gemeinsamen Reiches der Wahrheit, wird nun heute von bürgerlicher Seite wieder offen zugegeben. Der Mathematiker Hugo Dingler schrieb darüber ein 400 Seiten starkes Buch; der Zürcher Nervenarzt Alexander von Muralt veröffentlichte ebenfalls eine Schrift »Zur gegenwärtigen Krise der Wissenschaft«. Im Dezember 1931 fand eine berühmte Aussprache an der Zürcher Hochschule statt über das Wesen der Universität, nachdem ihr schon lange im Organ der Zürcher Jungakademiker, im »Zürcher Student«, große und erregte Debatten aus allen Fakultäten vorausgegangen waren. Neuerdings griff ein Journalist, Dr. Karl Wick, im Luzerner »Vaterland« anläßlich des Zürcher Universitätsjubiläums diesen Gedanken wieder auf. Auch er sucht den Ausweg aus dieser für die Wissenschaft beschämenden Krise, aus diesem größten geistigen Debakel der Neuzeit. Solche Alarmrufe haben einen doppelten Erfolg. Sie erschüttern den unbedingten Glauben der Zeit und Menschheit gegenüber dem Unfehlbarkeits- und Absolutheitsanspruch der bourgeoisen Wissenschaft, erweisen dadurch, daß auch diese nur zeit- und menschenbedingt ist. Andererseits, und das ist vielleicht wichtiger; sie zwingen diese Wissenschaft und ihre Vertreter, von ihrem geistigen Hochmüte